

# Gegen Umstrukturierung und Repression! Gegen Ausbeutung und Vertreibung!

# THINK OF THE REVOLUTION!

Am 19.11.05 wollen wir mit einer gemeinsamen Demonstration durch St. Pauli und das Schanzenviertel den Protest gegen das Hotel im Wasserturm mit anderen Widerständen gegen das Konzept der wachsenden Stadt verknüpfen. In diesem Rahmen wollen wir auch gegen den Naziladen in der Talstraße 17 demonstrieren. Dieser existiert seit einigen Monaten, trotz anlaufender Proteste, weitgehend unbehelligt. Wir wollen dazu beitragen dies zu ändern. Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe - Keine Toleranz für Faschismus, Rassismus und Antisemitismus auf St. Pauli und anderswo.

Das Leben wird schwieriger, seit der Senat unter dem wohlklingenden Titel einer „wachsenden Stadt“ Hamburg umwälzt. Sämtliches Leben wird der Ökonomie untergeordnet. Das bedeutet, „ungestörtes Shoppen“ in gediegenem Ambiente am Tag, „gepflegte Unterhaltung“ am Abend, für die, die es sich leisten können. Das bedeutet, Luxushotels und Elbphilharmonie, Messeneubau und Hafencity – für die Wohlhabenden und Honoratioren, für Prominente und Investoren, die die Stadt gewinnen will. Auf der Strecke bleiben dabei alle, die am anderen Ende der sozialen Hierarchie stehen: Ausgrenzung und Vertreibung sind längst zu ihrem Alltag geworden. Aber von Lohnkürzungen, Arbeitsplatzabbau und Sozialstreichungen sind sehr viele mehr betroffen. Für zunehmend mehr Menschen ist eine ungesicherte Existenz zu einem Bestandteil ihres Lebens geworden.

Der Wasserturm im Schanzepark wird zu einem teuren Hotel für finanzstarke TouristInnen und Geschäftsleute umgebaut. Dieses Bauvorhaben verschärft durch die solventen Gäste, die angelockt werden sollen, noch einmal einen Prozeß, der schon seit Jahren das Schanzenviertel verändert: Der ärmere Teil seiner BewohnerInnen wird allmählich durch höhere Mieten und anziehende Preise verdrängt. Der Schanzepark soll den Begehrlichkeiten der Hotelbetreiber ausgeliefert werden. Diese letzte Grünfläche in der Gegend würde dann nicht mehr wie bisher genutzt werden können. Die jetzigen Platzverweise und Nutzungsverbote sind ein Vorgeschmack darauf.

Die Räumung der Bauwagenplätze Bambule und Wendebecken beweist: Der Senat kann es einfach nicht ertragen, dass Menschen anders leben als nach der gängigen Norm. Für sie ist kein Platz in der Stadt vorgesehen. Die Zahl der Bauwagenplätze ist von einst 13 auf 5 geschrumpft. Zur Zeit werden auslaufende Platznutzungsverträge bis Ende 2006 verlängert, weil der Senat Ruhe während der Fußball-WM haben will – das ist das einzige, was er von den heftigen Auseinandersetzungen um den Wagenplatz Bambule gelernt hat. Die Kurzzeitverträge bestimmen, dass niemand neu zuziehen darf, was zu einer allmählichen Austrocknung der Plätze führen muß.

Aus den Einkaufszentren und aus der City werden BettlerInnen und Obdachlose, Heroinabhängige und AlkoholikerInnen vertrieben. Sie störten – so stellte schon ein sog. „Bettlerpapier“ des einstigen rot-grünen Senats fest – das Wohlgefühl beim Einkaufen und müssten daher verschwinden. Auch Punks sind davon massiv betroffen. Zuletzt wurde versucht, sie polizeilich aus Ottensen zu vertreiben, da der Stadtteil sich zu einem „Erlebnis- und Gastronomieviertel“ entwickelt habe. Und wo es ums Geldverdienen geht, muss alles, was stört weg, so die Logik. DrogenkonsumentInnen werden ständig noch weiter an den Rand gedrängt. Ihre Treffpunkte werden polizeilich aufgelöst, sie selber von einem Stadtteil in den nächsten gejagt. Junkies sollen unsichtbar werden, als wäre damit das Problem ihrer Drogenabhängigkeit gelöst. Für Hilfeprojekte werden währenddessen die Gelder zusammengestrichen. So mußte bereits Ende 2003 der Fixstern im Schanzenviertel schließen. Die massiven Sozialstreichungen, die als Agenda 2010 und Hartz IV

## Veranstaltungsreihe

**Dienstag 01.11.05**

**Vom Protest zum Widerstand?**

StudentInnenproteste und Repression im Sommer 2005. Veranstalter: AStA Uni Hamburg  
18.00 Uhr - Uni-Hamburg Philturm Hörsaal E

**Dienstag 01.11.05**

**Neues Polizeigesetz und das § 129 Verfahren gegen den Wasserturmwiderstand**

Mit Infos zum aktuellen Stand der Verfahren von Rote Hilfe Hamburg und Antirepressionsgruppe Wasserturm. 20.00 Uhr - Brigittenstraße 5

**Mittwoch 02.11.05**

**Eine Baustelle ist noch kein Hotel!**

Wie steht es um den Kampf gegen das Hotel im Wasserturm? Gibt es noch Perspektiven gegen die vorangeschrittene Umstrukturierung im Stadtteil? 19.00 Uhr - Schule Ludwigstraße

**Mittwoch 16.11.05**

**Info- und Mobilisierungsveranstaltung zu Demokonzept und aktuellem Stand!**

Die Demo soll anders als üblich verlaufen - Alle die mehr wissen wollen, sollten vorbeischaun.  
20 Uhr - Rote Flora

**Donnerstag 17.11.05**

**Hartz geht weiter!**

Zwangsarbeit, Kürzungen, Schikanen auf dem Amt - durch Lohnsenkung und Verarmung soll der Standort saniert werden. Und wo bleibt der Widerstand? 20 Uhr - Magda-Thürey Zentrum, Lindenallee 72

**Donnerstag 01.12.05**

**Autorität, Repression, sozialer Widerstand!**

Was kommt nach Hartz IV und neuem Polizeigesetz? Diskussionsveranstaltung mit Gruppe commode, Neben der Spur, u.a. 19.30 Uhr  
Ganztagesschule St. Pauli, Bernhard-Nocht-Str.

# 19.11.2005 Demonstration

Gegen das Hotel im Wasserturm! Für den Erhalt aller Wagenplätze!

Einstellung aller Verfahren! Naziladen Talstraße dichtmachen!

14.º Uhr U-Bahn Feldstraße / Hamburg - St.Pauli

Die Demo wird unterstützt von: Anarchistische Gruppe / RätekommunistInnen, Antirepressionsgruppe Wasserturm, Autonome Gruppe X, Autonome Linke (ALi), Asta Uni Hamburg, Freies Netzwerk für den Erhalt des Schanzeparks, Gruppe commode, Neben der Spur, Kneipenkollektiv Planwirtschaft, Libertäre Harburg, Rote Flora, Sozialforum Eimsbüttel, Stadtkollektiv Rotes Winterhude, u.a.

## Der Wasserturm im Schanzepark

**1910 erbaut**  
**seit 1970 nicht mehr genutzt**  
Zwischenzeitliche Planungen:  
– kirchliches Zentrum  
– Verwaltungszentrum der HWW  
– halb kommerziell, halb öffentlich  
– Hotel (jetzt 100% privat)  
– IMAX-Kino  
– und wieder Hotel

**2003 Patrizia und Mövenpick steigen ein**

**Anfang 2005 Umbaubeginn**

**seitdem:**

– acht Demonstrationen  
– zwei Klagen von AnwohnerInnen  
– zahlreiche Aktionen  
– ca. dreizehn militante Anschläge  
– breite Öffentlichkeitsarbeit sowie:  
– über 200 Platzverweise  
– Schikanen und Kontrollen im Park  
– mehr als 30 Strafverfahren  
– Einschränkung der Parknutzung  
– Kein Open-Air-Kino und Flohmarkt ab Hotel-Eröffnung

**geplant:**

Eröffnung Ende 2006

**DER KAMPF GEHT WEITER!!**

## Autoritäre Formierung angreifen!

Die derzeitige ökonomische Umstrukturierung der Gesellschaft, ist begleitet von einer Neuaufgabe autoritärer Vorstellungen des Zusammenlebens. Zwang und staatliche Gewalt gelten, als zeitgemäßes Mittel zur Bewältigung der aktuellen kapitalistischen Krise.

Entsprechend wird auch Unterstützung vom Staat für Arbeitslose zunehmend an repressive Mitwirkungspflichten wie z.B. Zwangsarbeitsverhältnisse gekoppelt oder vollständig gestrichen. Soziales wird als gesellschaftliche Last definiert und stattdessen die Privilegierung der Wirtschaft bzw. Kürzungen bei der Lohnarbeit als soziales Handeln verkauft.

In diesem Klima werden soziale Hilfen und persönliche Freiheiten nicht mehr als individuelle Rechte begriffen, sondern als Anmaßung, einzelner zu Lasten der Allgemeinheit. Wer noch genügend Konsumfähigkeit besitzt, erfährt Unterstützung, wer aus diesen Bedingungen herausfällt wird diszipliniert. Die „Law and Order“-Ideologie findet ihren Ausdruck in zahlreichen Gesetzesverschärfungen und einer immer stärkeren Überwachung im Alltag. Rassistische Platzverweise und Gebietsverbote sind ebenso Bestandteil dieser Politik wie Repression gegen linke Bewegungen die radikale Kritik an diesen Verhältnissen entwickeln.

Der Widerstand gegen diese autoritäre Formierung ist notwendig, um in einer gesamtgesellschaftlich getragenen Praxis der individuellen Entrechtung, überhaupt Begriffe von Solidarität zu entwickeln und damit Bedingungen für eine emanzipatorische Politik herzustellen.

## Wagenplätze verteidigen!

Nachdem es 1998 noch 10 Wagenplätze gab, existieren – nach Bauwagengesetz und CDU-Regierung – nur noch 5 Bauwagenplätze. Die Räumungswut cholerischer Regierungsbeamter hat noch lange kein Ende.

So versucht die Stadt Hamburg angesichts der anstehenden Fußball-WM im Konflikt Bauwagenplätze vs. „die-da-oben“ den Ball möglichst flach zu halten. Die gerade abgeschlossenen Vertragsverhandlungen zwischen Bezirk Altona und dem Wagenplatz Rondenborg sehen zwar eine Verlängerung der Verträge vor, jedoch zu teilweise unzumutbaren Bedingungen, wie eklatanten Mieterhöhungen, Einzelmietverträgen und einer Befristung bis Ende 2006.

Es wird versucht diesen Vertrag als Muster für die demnächst auslaufenden Verträge der Gaußstrasse und der Henriette zu nehmen.

Während der Wagenplatz Hospi nur noch bis zum 31.12.2005 und der Borribles bis Ende September 2006 Verträge haben und immer mehr Leute auf der Strasse wohnen. Der Konflikt ist immer noch der gleiche wie zu Bambule-Zeiten: Die Drohung alle Wagenplätze bis 2006 zu räumen.

**Wir fordern:**

- die Legalisierung des Wohnens im Wagen.  
- Freispruch für alle in den „Pünktlich“ und Wendebecken-Prozessen!  
- Mehr Wagenplätze!

bekannt sind, stellen die heftigsten Angriffe auf das Auskommen von Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen seit Bestehen der Bundesrepublik dar. 345 Euro monatlich sollen ihnen jetzt zum Leben reichen, wessen Miete oberhalb einer willkürlich gesetzten Summe liegt, muss umziehen, und mit den 1-Euro-Jobs werden Menschen einem bisher nicht gekannten Arbeitszwang unterworfen. Schikanen bei der Arbeitsagentur gehören genauso zum Leben eines Arbeitslosen wie die komplette Offenlegung seiner Lebensverhältnisse. Aus Angst, auch in diese Maschinerie zu geraten, sind immer mehr Menschen bereit, Arbeit zu schlechten Bedingungen und geringen Löhnen anzunehmen. Dadurch gehen Löhne und Gehälter insgesamt nach unten. Die 1-Euro-Jobs werden reguläre Arbeitsplätze ersetzen.

Für die Gesundheitsleistungen müssen alle immer tiefer in die Tasche greifen – seien es Zuzahlungen zu Medikamenten, Krankenhaushelder oder die Praxisgebühr. Gerade wurde der Landesbetrieb Krankenhäuser an einen Privatinvestor verschertelt. Lohnsenkungen und höhere Arbeitsbelastung für die Beschäftigten, schlechtere Versorgung für KassenpatientInnen werden die Folge sein. Auch die Renten sinken durch sog. „Nullrunden“ oder die Einführung der Rentenbesteuerung. Ziel ist es, ArbeitnehmerInnen zu zwingen, sich zusätzlich privat zu versichern – der Versicherungsbranche wurde damit ein ungeheurer Reibach zugeschoben. Für den Besuch von Kindertagesstätten werden mehr Gebühren erhoben bei gleichzeitiger Senkung der staatlichen Finanzierung, wodurch die Betreuung der Kinder erheblich verschlechtert wird. Die Lernmittelfreiheit ist abgeschafft worden, d.h. Eltern müssen für ihre Kinder jährlich 50 Euro Büchergeld bezahlen. An den Universitäten sollen Studiengebühren eingeführt werden, was dazu führen würde, dass ein begütert Elternhaus Voraussetzung für ein Studium ist, denn auch das BaFöG wird immer mehr zusammengestrichen und ist nur noch für wenige erreichbar. Zugleich baut der Senat sog. „Eliteunis“ aus, die von vornherein durch Studiengebühren finanziert werden sollen.

All diese Belastungen und Einschränkungen haben ein und dieselbe Ursache: Alles, aber auch wirklich alles, soll auf das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis zugeschnitten werden. Für alles andere soll kein Geld zur Verfügung stehen. Und alle, die dabei stören, sollen verschwinden. Deshalb wird an Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, an Hilfsprojekten und Bildung gespart. Deshalb sollen Arme und alle, die von der Norm abweichen, an den Stadtrand verdrängt werden, damit die städtischen Zentren reine Einkaufsmeilen werden. Menschen werden in diesem neoliberalen Weltbild ausschließlich über ihre Nützlichkeit definiert und wo das Urteil darüber negativ ausfällt, als Störfall behandelt. Auf der anderen Seite sollen mit noblen Hotels oder der Elbphilharmonie, mit gediegenen Einkaufsmöglichkeiten und glamourösen Amüsiervierteln gut zahlende Gäste und Investoren nach Hamburg gelockt werden. Durchgesetzt werden soll das von einer rigide durchgreifenden Polizei und zunehmend auch mithilfe pri-

vater Sicherheitsdienste. Hamburgs neues Polizeigesetz gilt als das schärfste Deutschlands. Hamburg schiebt die meisten Flüchtlinge ab – auch in Kriegsregionen. Vermeintlichen Drogendealern werden Brechmittel verabreicht, die bereits in 2 Fällen zum Tode führten. Jedes Aufbegehren gegen die Hamburger oder die Bundespolitik soll unterbunden werden. So wird Demonstrationen immer öfter der Weg durch die Innenstadt versagt, so sind Polizeispalier auf Demos fast die Regel geworden. Persönliche Freiheiten will der Senat nicht mehr gewähren, wo sie dem neoliberalen Wettbewerb, der internationalen Konkurrenz der sog. „Standorte“, entgegenstehen. Ein autoritärer Staat formiert sich.

Aber es formiert sich auch an vielen Stellen Widerstand gegen diese Politik. In den letzten Jahren haben die Proteste gegen die unsoziale Politik von Bundesregierung und Senat deutlich an Fahrt aufgenommen. Es sind wieder mehr geworden, die sich ihre Ausgrenzung und Entrechtung, ihre Verurteilung zu einem Leben mit harter Arbeit und dünnem Lohn nicht mehr gefallen lassen wollen. Wir denken dabei an die bundesweiten Großdemonstrationen gegen Hartz IV, die Hamburger Demos gegen die Kürzungen bei den Kitas oder die Einführung von Studiengebühren, den sozialen Ungehorsam bei der Verweigerung des Schulbüchergeldes. Und natürlich an die kämpferischen Demos gegen die Räumung von Bauwagenplätzen und die Umwandlung des Wasserturms in ein Luxushotel, die eigenständigen linksradikalen 1. Mai-Demos und an die Aktion „Agenturschluß“ gegen Hartz IV. Wer etwas verändern will, darf sich nicht auf das Treiben von PolitikerInnen, Parteien und Parlamenten verlassen. Es ist notwendig, eine außerparlamentarische Bewegung zu entwickeln. Es ist notwendig, sich dabei auf die eigenen Stärken zu konzentrieren und sich mit allen zusammenzutun, die etwas ähnliches wollen.

Obwohl Polizei und Justiz darauf mit Knüppeln, Personalienfeststellungen und Festnahmen, Hausdurchsuchungen und Verfahren, Geldbußen und Strafbefehlen reagieren, wehren sich die Betroffenen weiter. Das Wissen, im Recht zu sein, die Hoffnung auf eine andere, eine bessere Gesellschaft ist ihr Antrieb. Wir sehen uns als ein Teil all dieser Bewegungen. Wir wissen aber auch, dass es nicht ausreicht, bei den einzelnen Schweinereien, die wir oben aufgezählt haben, zu verharren. Es gilt, die Ursache der ganzen Misere zu beseitigen. Das kapitalistische Gesellschaftssystem, in dem nur die Erwirtschaftung von Gewinnen zählt, in dem Menschen als „Ware Arbeitskraft“, die es abzuschöpfen gilt, vorkommen, muss abgeschafft werden.

# Kapitalismus abschaffen! Für ein besseres Leben!

**Bündnis gegen Umstrukturierung**

Mehr Infos: [www.schanzenturm.de](http://www.schanzenturm.de), [www.regierung-stuerzen.de](http://www.regierung-stuerzen.de)